



HESSISCHER LANDTAG

22. 03. 2018

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Gesundheitsversorgung in Hessen - bedarfsgerechte und gute medizinische Versorgung wird auch weiterhin gewährleistet

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betont, dass eine zukunftsfeste und weiterhin wohnortnahe, qualitativ hochwertige medizinische Versorgung eine der großen Zukunftsaufgaben darstellt. Deshalb geht die Landesregierung die besonderen Herausforderungen der ländlichen Gebiete auch mit besonderen Maßnahmen und Förderangeboten an, die in der Offensive für den ländlichen Raum "Land hat Zukunft - Heimat Hessen" gebündelt sind. Die darin konzentrierten Mittel - beispielsweise auch für die Gesundheitsversorgung - für den ländlichen Raum in Höhe von rund 1,8 Mrd. € sind Zeugnis der besonderen Wertschätzung- für die ländlichen Regionen in Hessen. Im Gesundheitsbereich fließen Mittel in die gute ärztliche Versorgung - wohnortnahe Arztpraxen, in die Versorgung älterer Menschen durch Gemeindeschwestern und die Unterstützung von medizinischen Versorgungszentren.
2. Der Landtag hebt hervor, dass eine gute medizinische Betreuung für ein gutes Leben unverzichtbar ist. Der Landtag unterstützt deshalb das Ziel, eine gute ärztliche Versorgung in ländlichen Räumen abzusichern. Dazu gehören auch der Erhalt von Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern - sowie die schnelle Verfügbarkeit von Notfallmedizin. Darüber hinaus gehört eine gute Versorgung mit Angeboten der Geburtshilfe und Hebammen dazu. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung es den Kommunen im ländlichen Raum weiter erleichtern will, Praxisübergaben zu unterstützen - beispielsweise durch Landarzt-Stipendien für Medizin-Studierende oder Ärzte in Weiterbildung, Fördermittel für Investitionen bei Übernahme einer Landarztpraxis und den Betrieb medizinischer Versorgungszentren. Zudem wurden in Hessen bundesweit erstmalig an Universitäten mit einer medizinischen Fakultät Kompetenzzentren für die Weiterbildung in der Allgemeinmedizin gegründet.
3. Der Landtag stellt darüber hinaus fest, dass durch über 50 neue Gemeindeschwestern die Versorgung älterer Menschen im ländlichen Raum verbessert werden soll. Im Unterschied zu den bereits bundesrechtlich definierten Angeboten zur Alltagsunterstützung für Pflegebedürftige nach § 45a SGB XI soll die "Gemeindeschwester" im Vorfeld von Pflegebedürftigkeit einen sich abzeichnenden Unterstützungsbedarf im Bereich der medizinischen Versorgung, Unterstützung im Alltag und sozialen Teilhabe erfassen und in entsprechende Angebote vor Ort vermitteln. Damit wird mit dem Modell der "Gemeindeschwester" eine Unterstützung im Alltag älterer Menschen im Sinne eines die vorhandenen Ressourcen und Fähigkeiten stärkenden und stabilisierenden Kümmerers etabliert. Der Verbleib in der eigenen Häuslichkeit soll damit so früh wie möglich unterstützt werden. Des Weiteren sollen Zugangshürden in das Hilfenetz vor Ort frühzeitig abgebaut werden. Mit dem Programm werden jedoch keine Doppelstrukturen zu bereits vorhandenen Diensten, die von Kranken- und Pflegekassen finanziert werden, aufgebaut. Stattdessen geht es um eine ergänzende Leistung, die den bisher nicht abzudeckenden Hilfe- und Unterstützungsbedarf älterer Menschen ohne Pflegegrad aufgreift.
4. Der Landtag betont des Weiteren, dass die Digitalisierung des Gesundheitswesens eine große Chance bietet, weil sie bestehende Versorgungsangebote unterstützt, sehr schnell medizinisches Fachwissen zu den Menschen bringt und Distanzen überbrücken kann. Damit ist sie ein Schlüssel zu einer weiterhin wohnortnahen Versorgung. Die Landesregierung startete bereits im August 2017 eine E-Health-Initiative, wofür rund 6 Mio. € jährlich zur Verfügung stehen.

5. Der Landtag unterstreicht, dass sich die Landesregierung bereits seit Jahren nachhaltig für eine positive Entwicklung der Ausbildungszahlen in den Altenpflegeberufen einsetzt. So werden beispielsweise den staatlich anerkannten Altenpflegeschulen die Kosten für die Durchführung der Ausbildung erstattet. Darüber hinaus unterstützt die Landesregierung zahlreiche Projekte, um für den Pflegeberuf zu werben und die auch zum Ziel haben, das Bild dieses Berufs und die Wertschätzung der Arbeit zu verbessern. Vor diesem Hintergrund wurde etwa die Gemeinschaftsinitiative "Jobs mit Zukunft - Gesundheit und Pflege: Hessische Gesundheitscamps" zur Fachkräftesicherung im Wandel der Arbeitswelt der Hessischen Landesregierung, der Bundesagentur für Arbeit (RD Hessen) und Provalidis ins Leben gerufen. Die Gesundheitscamps zeigen, wie vielfältig Berufe in Medizin, Pharmazie, Pflege - insbesondere auch in der Altenpflege - oder im Gesundheitsbereich sind. Auf diese Weise wird die Wirtschaft beim Finden künftiger Fachkräfte im Rahmen der nachhaltigen Fachkräftesicherung Hessens durch die vertiefte Berufsorientierung in den Bereichen Pflege und Gesundheit in den hessischen Regionen durch praxisorientierte Berufsfelderkundung aktiv unterstützt und die Regionen gestärkt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 22. März 2018

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)